

1 Antrag A1 mit übernommenen Änderungen des ÄA1

2

3 Antragsstellende: Ben Kilian Huster, Ender Atakul, Jean Köppe, Hanna Krüger, Ronja  
4 Heeland, Thomas Wulfes, Janne Irmisch, Ulrike Rößling, Elmas Wieczorek-Hahn,  
5 Marisa Breßler, Fritz Stephan, Maurice Lüttich

6 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

## 7 **Wahlprogramm des Bezirksverbands Spandau**

8 **Spandau – solidarisch und sozial**

## 9 **Inhaltsverzeichnis**

<b>Vorwort.....</b>	<b>2</b>
<b>Klassenpolitik.....</b>	<b>4</b>
Bildung, Kinder, Jugend.....	4
Arbeit, Armut, bezahlbares Leben.....	7
Leben im Alter.....	8
<b>Spandau für Alle.....</b>	<b>11</b>
Spandau mit allen.....	11
Geschlechtsspezifische Gewalt und Partnerschaftsgewalt stoppen.....	13
Schutz für alle.....	14
Sicherheit für alle.....	15
<b>Lebenswerter Bezirk.....</b>	<b>19</b>
Mieten und Wohnen.....	19
Klima und Umwelt.....	21
Verkehr.....	23
Sportinfrastruktur.....	27
<b>Nachbarschaft und Kieze.....</b>	<b>28</b>
Nachbarschaftshilfe, die wirklich ankommt.....	28
Streiten ohne Gericht.....	29
Orte der Begegnung – für alle, nicht nur für manche.....	29
Kultur für Alle.....	30
Natur: Ein Grundbedürfnis.....	31
Ein sauberes Spandau.....	31
Nahversorgung.....	31
<b>Gesundheit &amp; Krisenintervention.....</b>	<b>33</b>
<b>Rathaus für die Menschen.....</b>	<b>35</b>
Verwaltung.....	35
Verwaltung für die Menschen.....	36
Barrierefreiheit.....	36
Beteiligung.....	37

## 10 **Vorwort**

11 Spandau ist ein vielfältiger Bezirk. Familien, Alleinerziehende, Kinder und  
12 Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Queers, Zugezogene  
13 und alteingesessene Nachbar:innen leben hier mit unterschiedlichen  
14 Lebensrealitäten – verbunden durch den Wunsch nach einem guten, sicheren und  
15 bezahlbaren Leben. Dieses Leben darf kein Zufall sein und nicht vom Geldbeutel, der  
16 Herkunft, dem Wohnort oder der körperlichen Verfassung abhängen. Es muss  
17 politisch erkämpft und gestaltet werden.

18 Ein zentraler Schwerpunkt unseres Programms ist soziale Gerechtigkeit. In Spandau  
19 entscheidet noch immer zu oft die Postleitzahl über Bildungs-, Gesundheits- und  
20 Lebenschancen. Armut belastet ganze Kieze, verschärft Ungleichheit und macht  
21 krank. Wir stellen uns dem entschieden entgegen – mit starken öffentlichen  
22 Strukturen, kostenlosem Zugang zu Bildung, guter Arbeit statt Prekarität und einer  
23 armutsfesten Absicherung. Niemand soll im Alter in Armut und Einsamkeit leben, kein  
24 Kind ohne Unterstützung aufwachsen müssen.

25 Dieses Wahlprogramm beschreibt, was für uns einen lebenswerten Bezirk ausmacht:  
26 ein Spandau, das niemanden zurücklässt. Öffentliche Räume, Wohnen, Mobilität,  
27 Bildung, Gesundheit, soziale Infrastruktur und politische Beteiligung müssen allen  
28 offenstehen. Sicherheit verstehen wir als soziales Versprechen, das durch Teilhabe,  
29 Prävention und gute Lebensbedingungen entsteht – nicht durch Kontrolle oder  
30 Ausgrenzung.

31 Ein lebenswerter Bezirk bedeutet für uns außerdem, dass Menschen gut und sicher  
32 wohnen können, Klima- und Naturschutz ernst genommen werden und Mobilität für  
33 alle funktioniert. Bezahlbarer Wohnraum ist die Grundlage für ein stabiles Leben und  
34 muss durch konsequenten Milieuschutz, die Verfolgung von Mietwucher und eine  
35 gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung gesichert werden. Gleichzeitig stellen wir  
36 uns der Klimakrise mit klimaresilienten Quartieren, Entsiegelung, Schutz der  
37 Biodiversität, erneuerbaren Energien und einer gerechten Wärmeversorgung. Dazu  
38 gehört eine Mobilität, die Teilhabe ermöglicht: gute Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad  
39 und ein starker, barrierefreier ÖPNV sowie sichere Stadtplätze.

40 Wir zeigen außerdem, wie lebendige Nachbarschaften und funktionierende Kieze  
41 aussehen können – mit Nachbarschaftshilfe, Streitschlichtung, Begegnungsorten,  
42 Natur, Sauberkeit und guter Nahversorgung.

43 Dafür braucht es auch ein Rathaus, das für die Menschen da ist: barrierefrei,  
44 diskriminierungsfrei, transparent und gut erreichbar. Eine Verwaltung soll beraten  
45 statt abschrecken, Anträge vereinfachen, Zuständigkeiten bündeln und  
46 demokratische Beteiligung ermöglichen. Gute öffentliche Dienstleistungen brauchen

47 ausreichend Personal, gute Arbeitsbedingungen und eine demokratisch gestaltete  
48 Digitalisierung.

49 Dieses Wahlprogramm ist unser Angebot für ein solidarisches, gerechtes und  
50 lebenswertes Spandau – und eine Einladung, diesen Bezirk gemeinsam mutig,  
51 entschlossen und miteinander zu verändern. Es soll als unsere Arbeitsgrundlage für  
52 die nächsten 5 Jahre dienen.

## 53 **Klassenpolitik**

54 In Spandau entscheidet noch immer der Geldbeutel darüber, wie gut Kinder  
55 aufwachsen, wie sicher Erwachsene leben und wie würdevoll Menschen alt werden –  
56 das ist Klassengesellschaft, nicht Schicksal. Rund 35 Prozent aller Kinder und  
57 Jugendlichen leben von Grundsicherungsleistungen, fast ein Viertel der  
58 Spandauer:innen gilt als armutsgefährdet. Hinter diesen Zahlen stehen  
59 Alltagserfahrungen von Mangel: Kinder ohne regelmäßige warme Mahlzeiten,  
60 Familien, die zwischen Schulmaterialien und Stromrechnung abwägen müssen, und  
61 Jugendliche, denen Bildungs- und Freizeitangebote verschlossen bleiben.

62 Sozial- und Gesundheitsberichte zeigen, dass Spandau zu den am stärksten  
63 belasteten Bezirken Berlins gehört. Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Erwerbstätigkeit  
64 und ganze Kieze, in denen Armut Alltag ist, prägen den Bezirk. Viele Menschen sind  
65 dauerhaft in prekären Beschäftigungsverhältnissen gefangen, während steigende  
66 Mieten und unsichere Arbeit Profite für Konzerne ermöglichen – bezahlt mit der  
67 Gesundheit, der Zeit und den Zukunftschancen der Beschäftigten.

68 Armut verschlechtert Bildungs-, Gesundheits- und Lebenschancen und wirkt über  
69 Generationen hinweg. Kinder aus armen Familien haben geringere Chancen auf gute  
70 Abschlüsse und sichere Jobs, Menschen in armutsbelasteten Kiezen werden  
71 häufiger krank und erhalten dennoch schlechtere Versorgung. Auch im Alter setzt  
72 sich diese Ungerechtigkeit fort, wenn Senior:innen von Grundsicherung leben, auf  
73 Mobilität und Teilhabe verzichten müssen und vereinsamen. Diese Zustände sind  
74 kein Naturgesetz, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen. Soziale  
75 Gerechtigkeit bedeutet für uns daher: Kein Kind wächst arm auf, Bildung hängt nicht  
76 von Herkunft ab, gute Arbeit ersetzt Prekarität und niemand lebt im Alter in Armut  
77 und Einsamkeit.

78

## 79 **Bildung, Kinder, Jugend**

### 80 **Postleitzahl darf nicht über Chancen entscheiden**

81 In Spandau entscheidet die Postleitzahl viel zu oft darüber, ob Kinder gute  
82 Startchancen haben oder von Anfang an aussortiert werden. Wer in einem armen  
83 Haushalt aufwächst, lebt häufig in beengtem Wohnraum, hat weniger Ruhe zum  
84 Lernen, keine Nachhilfe und keine Eltern, die teure Schulmaterialien oder  
85 Vereinsbeiträge stemmen können. Armut frisst sich von der Kita bis zur Berufsschule  
86 durch die Biografie – und das ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer Bildungspolitik,  
87 die Kinder nach sozialer Herkunft sortiert, statt allen die besten Bedingungen zu  
88 geben.

89 Wir sagen: Kein Kind in Spandau darf aus Hunger, wegen fehlender Hefte oder  
90 unbehandelter Probleme aus dem Unterricht fallen. Darum wollen wir einen Bezirk,  
91 der alles daran setzt, jedem Kind einen Bildungserfolg zu ermöglichen. Dazu gehören  
92 gut ausgestattete Kitas und Schulen, verpflichtende Schulsozialarbeit, kostenloses  
93 Essen, vollständige Lernmittelfreiheit und starke Jugendangebote vor Ort. Spandau  
94 muss sich beim Land dafür einsetzen, dass Schulsozialarbeit an jeder Schule  
95 verbindlich vorgeschrieben wird und insbesondere in besonders armutsbelasteten  
96 Bezirken zuerst zusätzliche Stellen geschaffen werden. Aus der Erhebung des Amtes  
97 für Statistik Berlin-Brandenburg auf die Anfrage unserer Fraktion zur Kinderarmut in  
98 Berlin geht klar hervor: Spandau gehört zu den am stärksten von Kinderarmut  
99 betroffenen Bezirken in Berlin und liegt mit einer Quote von 32,9% deutlich über dem  
100 Berliner Gesamtdurchschnitt. Als Spandauer:innen müssen wir uns also besonders  
101 gegen die soziale Benachteiligung von Minderjährigen einsetzen.

## 102 **Frühkindliche Bildung**

103 Gerade in armutsbelasteten Kiezen müssen Kitas mehr sein als Aufbewahrungsorte.  
104 Wir wollen Kitas als starke, öffentliche Bildungs- und Familienzentren, in denen  
105 ausreichend Fachkräfte arbeiten, gezielte Sprachförderung stattfindet, Eltern  
106 Beratung erhalten und Sozialarbeiter:innen fest dazugehören. Der Bezirk muss dafür  
107 sorgen, dass in Quartieren mit besonderem strukturellen Entwicklungsbedarf zusätzliche  
108 Stellen für Kita-Sozialarbeit geschaffen werden und Kitas eng mit Familienzentren,  
109 Frühförderung und der Jugendhilfe kooperieren.

110 Orte, die laut dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung eine hohe soziale Benachteiligung  
111 aufweisen, müssen bei der Ressourcenzuweisung absolute Priorität erhalten. Solche  
112 sozialräumlichen Bewertungsmodelle ermöglichen eine gerechte Intervention.

113 In den Großsiedlungen Heerstraße Nord und Falkenhagener Feld beweisen integrierte  
114 Familien- und Kiezspezifische Zentren bereits eindrucksvoll, wie wichtig die Verknüpfung  
115 von frühkindlicher Bildung und sozialer Arbeit ist. Auch konfessionelle Träger im Bezirk  
116 gehen in der Quartiersarbeit bereits voran und verbinden klassische Betreuung erfolgreich  
117 mit niedrighschwelliger Familienberatung im Kiez. Diese bewährten Strukturen müssen  
118 flächendeckend ausgebaut und vom Bezirk dauerhaft finanziell abgesichert werden.

119 Unser Ziel ist klar: Kein Kind soll in der Schule scheitern, weil im Kita-Alter Personal,  
120 Plätze oder Unterstützung gekürzt werden. In Teilen des Bezirks gibt es ein  
121 Überangebot an Kitas, während andere Kieze an einer Unterversorgung leiden.  
122 Deshalb setzen wir dort an, wo soziale Ungleichheit beginnt, und stellen uns gegen  
123 Kürzungen, Privatisierung oder eine Verlagerung der Verantwortung auf private  
124 Träger. Öffentliche Kitas im Bezirk müssen gezielt gestärkt werden.

## 125 **Schule: Schulsozialarbeit, kostenloses Essen und Lernmittel für alle**

126 In Spandau erleben Lehrkräfte jeden Tag, was Kinderarmut bedeutet: Kinder, die  
127 ohne Frühstück in den Unterricht kommen, Jugendliche mit massiven Sorgen zu

128 Hause, Konflikte, Mobbing und psychische Belastungen. Schulsozialarbeit ist  
129 deshalb eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir wollen an jeder Spandauer Schule  
130 mindestens eine voll ausgestattete Stelle mit verlässlicher Finanzierung, klarer  
131 Verankerung in Jugendhilfe und Schule und ohne permanente Projektbefristungen.  
132 Schulsozialarbeit muss Standard werden und in multiprofessionellen Teams  
133 organisiert sein, die Kinder begleiten, Familien beraten, Krisen auffangen und  
134 verhindern, dass junge Menschen aus dem System fallen. Das bewährte Modell der  
135 Schulstationen soll fortgeführt und ausgebaut werden.

136 Lernen darf außerdem nicht am Geld scheitern. Kostenloses Mittagessen hat sich an  
137 den Spandauer Grundschulen bewährt. Wir wollen das Angebot auch auf  
138 Oberschulen ausweiten – beginnend in armutsbetroffenen Kiezen. Kostenlose  
139 Mahlzeiten müssen ohne Stigmatisierung, ohne komplizierte Anträge und ohne  
140 Scham möglich sein. Gleichzeitig braucht es vollständige Lernmittelfreiheit: Bücher,  
141 Hefte, digitale Endgeräte und andere Materialien müssen allen Schüler:innen  
142 kostenfrei zur Verfügung stehen. Dazu soll der Bezirk einen kommunalen Lernmittel-  
143 Fonds aufbauen, aus dem Schulen Materialien leihen oder bereitstellen können,  
144 damit kein Kind wegen Geldmangels ohne Ausstattung im Unterricht sitzt.

#### 145 **Räume und Rechte für junge Menschen**

146 Soziale Gerechtigkeit endet nicht am Schultor. Kinder und Jugendliche aus  
147 einkommensarmen Familien sind häufig von Musikschulen, Sportvereinen oder  
148 kulturellen Angeboten ausgeschlossen. Rund ein Drittel aller Spandauer Kinder und  
149 Jugendlichen lebt in Familien, die von staatlicher Grundsicherung abhängig sind. In  
150 Stadtteilen wie der Rudolf-Wissel-Großsiedlung und rund um die Maulbeerallee sind  
151 mehr als 50 % der Kinder von Armut betroffen. Diese Kinder haben es besonders  
152 schwer, am sozialen Leben teilzuhaben. Wir wollen deshalb wohnortnahe, kostenlose  
153 oder sehr günstige Freizeitangebote für alle jungen Menschen. Jugendzentren,  
154 Bibliotheken, Sport- und Kulturangebote müssen dauerhaft gesichert und ausgebaut  
155 werden – unabhängig von Sponsoren oder kurzfristiger Projektförderung.

156 Das Jugendamt in Spandau ist seit langem unterbesetzt, unterfinanziert und  
157 dadurch überbelastet. In Zukunft muss es so aufgestellt werden, dass es den  
158 gesetzlichen Auftrag, Kindern und Jugendlichen in Not zu helfen, auch tatsächlich  
159 erfüllen kann. Jugendliche dürfen nicht hinten runter fallen, weil die Kapazitäten bei  
160 Neugeborenen und Kindern bereits aufgebraucht sind. Projekte der Jugendhilfe  
161 müssen zukunftsicher finanziert und ausgebaut werden.

## 162 Arbeit, Armut, bezahlbares Leben

### 163 Gute Arbeit statt Prekarität

164 Prekäre Beschäftigung ist in Spandau längst kein Randphänomen mehr, sondern für  
165 viele Menschen Alltag. Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs, unfreiwillige Teilzeit,  
166 befristete Verträge und schlecht bezahlte Solo-Selbstständigkeit halten Beschäftigte  
167 in ständiger Unsicherheit und verhindern verlässliche Lebensplanung.

168 Als öffentlicher Auftraggeber hat der Bezirk reale Handlungsmacht – und muss sie  
169 auch nutzen. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die  
170 Tarifverträge einhalten, die Mitbestimmung der Beschäftigten respektieren und  
171 Leiharbeit oder Werkverträge nicht zur Lohndrückerei missbrauchen. Deshalb  
172 fordern wir die Einführung und konsequente Anwendung einer strengen Tariftreue-  
173 und Vergabeordnung im Bezirk Spandau.

174 Gleichzeitig braucht es eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Perspektiven statt  
175 Endlosschleifen aus Maßnahmen bietet. Der Bezirk soll Programme für öffentlich  
176 geförderte, tariflich bezahlte Beschäftigung in sozialen, ökologischen und kulturellen  
177 Projekten auflegen – insbesondere für Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende sowie  
178 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Ziel ist es, Menschen in gute, abgesicherte  
179 Arbeit zu bringen, statt sie im Rotationskarussell aus Kurzarbeit, Maßnahmen und  
180 Sperrzeiten festzuhalten.

181

### 182 Beratungs- und Hilfsstrukturen im Kiez zur Armutsbekämpfung

183 Armut bedeutet nicht nur wenig Geld, sondern auch dauerhaften Stress, Scham,  
184 Verschuldung und Angst vor der nächsten Rechnung. Schuldnerberatungsstellen wie  
185 die AWO, den Treffpunkt Regenbogen und existierende Sozialberatungen wollen wir  
186 ausbauen und unterstützen.

187 Der Bezirk soll Sozialberatungsstrukturen gezielt stärken, mobile Beratungsangebote  
188 in besonders belasteten Quartieren ausbauen und die Zusammenarbeit mit freien  
189 Trägern, Mietervereinen, Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften intensivieren.  
190 In jeder Großsiedlung soll mindestens eine gut erreichbare Anlaufstelle vorhanden  
191 sein, ergänzt durch regelmäßige Sprechstunden in Nachbarschafts- und  
192 Stadtteilzentren. Zusätzlich braucht es eine bezirkliche Ombudsstelle, an die sich  
193 Leistungsberechtigte bei Problemen mit dem Jobcenter oder dem Sozialamt wenden  
194 können und die sie beim Widerspruch gegen rechtswidrige Bescheide unterstützt.

195 Ziel ist eine verlässliche soziale Infrastruktur im Kiez: Wer Probleme mit dem  
196 Jobcenter, dem Vermieter oder dem Energieanbieter hat, soll in jedem Stadtteil eine  
197 Tür finden, hinter der geholfen wird.

## 198 **Leben im Alter**

### 199 **Altersarmut: Kein würdevoller Lebensabend?**

200 Eine Gesellschaft, die Millionen Menschen nach einem langen Arbeitsleben in Armut  
201 und Isolation zurücklässt, ist ungerecht – und Spandau bleibt davon nicht verschont.  
202 Viele ältere Menschen müssen mit Renten auskommen, die kaum zum Leben reichen,  
203 und ziehen sich aus Scham oder wegen fehlender Unterstützung aus dem  
204 gesellschaftlichen Leben zurück. Die Armutsgefährdungsquote in Spandau lag im  
205 Jahr 2016 mit 23,2 % deutlich über der Berliner Quote von 16,6 %.

206 Die Linke will das ändern. Wir streiten auf Landes- und Bundesebene für eine  
207 armutsfeste solidarische Rente, eine solidarische Mindestrente sowie ein  
208 Rentenniveau, das den Lebensstandard im Alter sichert. Gleichzeitig übernehmen wir  
209 Verantwortung im Bezirk: Wir wollen ältere Spandauer:innen vor Altersarmut und  
210 Einsamkeit schützen, indem wir lokale Begegnungsstätten und Senior:innen-  
211 Vertretungen direkt in den Spandauer Ortsteilen stärken.

212

### 213 **Bezirkliche Infrastruktur gegen Altersarmut und Einsamkeit**

214 Wir wollen einen Bezirk, in dem ältere Menschen nicht still in Armut verschwinden,  
215 sondern vielfältige, kostenlose oder sehr günstige Angebote vorfinden. Dazu  
216 gehören gut ausgestattete Senior:innen- und Nachbarschaftszentren in allen  
217 Großsiedlungen und zentralen Kiezen, die barrierefrei erreichbar sind und Raum für  
218 Begegnung, Mittagstische, Kultur-, Bildungs- und Bewegungsangebote bieten. Der  
219 Bezirk muss bestehende Einrichtungen sichern und gezielt dort ausbauen, wo die  
220 Wege weit und die Bedarfe am höchsten sind. Insbesondere in den  
221 Großwohnsiedlungen sowie in vom Strukturwandel betroffenen Ortsteilen wie  
222 Haselhorst, Hakenfelde und der Siemensstadt, damit Einsamkeit aktiv verhindert und  
223 soziale Teilhabe ermöglicht wird.

224 Eine zentrale Rolle spielt dabei Beratung. Viele ältere Menschen wissen nicht, welche  
225 Ansprüche sie auf Grundsicherung im Alter, Wohngeld, Pflegeleistungen oder Hilfen  
226 im Alltag haben. Deshalb wollen wir die aufsuchende Senior:innenberatung weiter  
227 ausbauen. Fachkräfte sollen ältere Menschen direkt zu Hause oder im Kiez  
228 aufsuchen, über ihre Rechte informieren und sie beim Ausfüllen von Anträgen sowie  
229 im Kontakt mit Ämtern und Krankenkassen unterstützen. Besonders wichtig ist es,  
230 auch diejenigen zu erreichen, die ihre Wohnung nicht mehr gut verlassen können  
231 oder Berührungsängste mit Behörden haben.

232

### 233 **Würde im Alter heißt: Teilhabe**

234 Ein gutes Leben im Alter bedeutet mehr als „über die Runden kommen“. Wir wollen,  
235 dass ältere Menschen mitten im Kiez dazugehören – unabhängig vom Geldbeutel.  
236 Dazu gehören bezahlbare Kultur-, Sport- und Gesundheitsangebote ebenso wie  
237 Möglichkeiten zur Mobilität und gesellschaftlichen Teilhabe. Der Bezirk soll deshalb  
238 gemeinsam mit Akteur:innen wie der BVG, der Stadtreinigung und  
239 Wohnungsunternehmen Projekte entwickeln, die älteren Menschen vergünstigte oder  
240 kostenlose Angebote ermöglichen, etwa durch Zuschüsse zu Sozialtickets,  
241 Kulturpässen, Schwimmbadkarten oder anderen Teilhabeangeboten.

242 Unser Ziel ist klar: Niemand soll im Alter vereinsamen oder aus finanziellen Gründen  
243 von gesellschaftlichem Leben ausgeschlossen sein. Spandau muss ein Bezirk sein, in  
244 dem ein würdevoller Lebensabend nicht vom Kontostand abhängt. Psychosoziale  
245 Angebote für alle.

246 Psychosoziale Unterstützung muss für alle zugänglich sein – unabhängig von  
247 Versicherungsstatus, Aufenthaltsstatus oder bürokratischen Voraussetzungen. Wir  
248 wollen niedrigschwellige Anlaufstellen für Menschen mit psychischen Krisen weiter  
249 ausbauen, auch ohne Überweisungspflicht. Diese Angebote müssen eng mit  
250 Jugendhilfe, Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe und weiteren sozialen Diensten vernetzt  
251 sein. Gemeinsam mit Krankenhäusern, der Kassenärztlichen Vereinigung und freien  
252 Trägern soll der Bezirk ein tragfähiges Netzwerk für psychische  
253 Gesundheitsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aufbauen, etwa  
254 durch Beratungsstellen, offene Sprechstunden und Gruppenangebote.

255 Krisendienste müssen außerdem rund um die Uhr erreichbar sein. Wir setzen uns  
256 dafür ein, dass in Spandau mobile psychosoziale Krisenteams eingerichtet werden,  
257 die aus Fachkräften der Sozialarbeit, Psychologie und Pflege bestehen und  
258 Menschen in seelischen Notlagen, familiären Krisen oder akuten Konflikten vor Ort  
259 unterstützen. Solche Teams sollen eine echte Alternative dazu sein, in  
260 Krisensituationen ausschließlich Polizei einzusetzen.

261

## 262 **Schnelle Hilfe für Kinder und Jugendliche in Krisen**

263 Für Kinder und Jugendliche gilt besonders: Wer mit Gewalt, Sucht, psychischen  
264 Erkrankungen in der Familie oder eigenen Ängsten kämpft, braucht schnelle und  
265 verlässliche Hilfe. Deshalb fordern wir den Ausbau von Schulpsychologie, Jugend-  
266 und Familienberatung sowie spezialisierte Angebote für traumatisierte Kinder,  
267 geflüchtete Jugendliche und queere junge Menschen. Diese Angebote müssen  
268 dauerhaft finanziert sein und dürfen nicht von kurzfristiger Projektförderung  
269 abhängen.

270 Gesundheitsversorgung und Krisenhilfe müssen dorthin gehen, wo die Menschen  
271 leben – in die Schulen, Kieze und Nachbarschaften – und dürfen nicht auf schöne

272 Konzepte oder Broschüren beschränkt bleiben. Die therapeutischen Angebote nach  
273 dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sind jetzt schon eine effektive Hilfe für  
274 Spandauer Schüler:innen, jedoch reichen fünf Stellen für unseren Bezirk nicht aus.  
275 Wir wollen dieses Angebot ausbauen und weiter stärken.

276

### 277 **Inklusive Bildung**

278 Inklusion beginnt früh – bereits in den Kitas und setzt sich in den Schulen fort. Damit  
279 Kinder mit Behinderungen nicht ausgesondert werden, sondern selbstverständlich  
280 gemeinsam lernen können, braucht es ausreichend sonderpädagogische Fachkräfte,  
281 Schulbegleitungen, Assistenzleistungen und geeignete technische Hilfsmittel. Der  
282 Bezirk muss sicherstellen, dass inklusive Kitas und Schulen die notwendige  
283 personelle und fachliche Ausstattung erhalten und sich beim Land gezielt für mehr  
284 Personal in Form von schulischen Inklusionsassistenzen und bessere  
285 Rahmenbedingungen in Spandau einsetzen.

286

### 287 **Soziale Anker in den Kiezen**

288 Soziale Teilhabe braucht Orte. Deshalb wollen wir Nachbarschaftshäuser und  
289 Stadtteilzentren in Spandau als zentrale soziale Anker in den Kiezen stärken. Diese  
290 Einrichtungen sollen Räume für Beratung, Selbsthilfegruppen, Ehrenamt und  
291 Begegnung bieten und Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen  
292 zusammenbringen. Der Bezirk muss diese Orte dauerhaft sichern und  
293 weiterentwickeln, damit sie niedrigschwellige Anlaufstellen für Unterstützung,  
294 Solidarität und Teilhabe bleiben.

## 295 **Spandau für Alle**

296 Viele Menschen wohnen in Spandau, weil sie in Berlin, aber auch im Grünen und  
297 umgeben von Wasser, leben möchten. Hier leben Familien, Alleinerziehende, ältere  
298 Menschen, junge Leute, queere Menschen, Zugezogene und alteingesessene  
299 Nachbar:innen – mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensrealitäten, aber dem  
300 gleichen Wunsch nach einem guten und sicheren Leben.

301 Doch ein lebenswertes Spandau ist kein Selbstläufer. Nutzungskonflikte im  
302 öffentlichen Raum nehmen zu, Räume werden knapper und nicht alle fühlen sich  
303 gleichermaßen sicher oder willkommen. Wir erleben Verdrängung: Menschen werden  
304 aus Parks, von Plätzen oder aus dem öffentlich wahrnehmbaren Gesellschaftsbild  
305 gedrängt, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen oder eben als „störend“  
306 wahrgenommen werden.

307 Für uns ist klar: Ein Spandau für alle bedeutet öffentliche Räume für alle – mit  
308 Zugang, Sicherheit und ohne Angst vor Gewalt. Sicherheit heißt für uns nicht  
309 Kontrolle oder Ausgrenzung, sondern ein starkes Sicherheitsgefühl für alle,  
310 insbesondere für diejenigen, die bisher oft übersehen oder verdrängt werden.

311

## 312 **Spandau mit allen**

### 313 **Beteiligung und Teilhabe stärken**

314 Spandau gehört allen, die hier leben. Politik darf nicht über Menschen hinweg  
315 gemacht werden, sondern muss gemeinsam mit ihnen entstehen. Für uns ist klar:  
316 Demokratie bedeutet Beteiligung – und zwar konsequent.

317 Unser politisches Engagement verstehen wir als Arbeit mit den Spandauer:innen –  
318 für die Spandauer:innen. Es müssen besonders die Menschen an politischen  
319 Entscheidungen beteiligt werden, die auch von diesen betroffen sind. Wir setzen auf  
320 echte Mitbestimmung statt symbolischer Beteiligung.

321 Das heißt für uns die Einbeziehung von Betroffenen, Selbstvertretungen, Verbänden  
322 und Initiativen in politische Prozesse, die frühzeitige und verbindliche Beteiligung bei  
323 Planungen und Entscheidungen sowie barrierearme und zugängliche  
324 Beteiligungsformate für alle.

325

### 326 **Zivilgesellschaft stärken**

327 Vereine, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen sind zentrale Orte für Begegnung,  
328 Solidarität und demokratisches Engagement. Sie halten den sozialen Zusammenhalt  
329 in Spandau aufrecht – oft unter schwierigen Bedingungen.

330 Wir setzen uns ein für die Stärkung und langfristige Absicherung von Vereinen und  
331 Initiativen, die Anerkennung ihrer Arbeit als unverzichtbaren Bestandteil einer  
332 solidarischen Stadtgesellschaft sowie mehr Räume und Unterstützung für  
333 selbstorganisierte Strukturen.

334

### 335 **Verwaltung in die Verantwortung nehmen**

336 Teilhabe und Antidiskriminierung dürfen nicht an der Tür des Bürgeramts enden. Sie  
337 müssen sich im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegeln – im Umgangston, in  
338 Entscheidungen und in den Strukturen selbst.

339 Deshalb schauen wir genau hin bei der Umsetzung des  
340 Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und beim Stand des Partizipations- und  
341 Migrationsgesetzes (PartMiG) in Spandau.

342 Für uns ist klar: Diese Gesetze dürfen keine Papiertiger bleiben!

343 Die Realität der Menschen weicht oft von diesen Regelungen ab: sie machen  
344 schlechte Erfahrungen in Behörden, fühlen sich nicht ernst genommen oder werden  
345 durch bürokratische Hürden zusätzlich belastet. Besonders Alleinerziehende,  
346 Menschen mit Rassismus-Erfahrungen oder geringem Einkommen stoßen immer  
347 wieder auf Barrieren statt auf die ihnen zustehende Unterstützung.

348 Wir setzen uns ein für: eine verbindliche, überprüfbare Umsetzung von  
349 Antidiskriminierungsvorgaben in allen Bereichen der Verwaltung, niedrigschwellige  
350 und respektvolle Zugänge zu Behörden ohne Angst vor Abwertung oder  
351 Ausgrenzung sowie für den Abbau struktureller Hürden, die Menschen systematisch  
352 benachteiligen. Der Spandauer Bezirksbeirat für Partizipation und Integration soll zu  
353 einem echten Mitwirkungs-gremium werden. Außerdem fordern wir die Benennung  
354 einer beauftragten Person für Queer und Antidiskriminierung im Bezirksamt.

355

### 356 **Teilhabe ernst nehmen**

357 Ein Spandau für alle bedeutet, dass alle Menschen den Bezirk tatsächlich nutzen und  
358 gestalten können – unabhängig von Einkommen, Geschlecht, körperlichen  
359 Voraussetzungen oder Lebenssituation. Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel  
360 abhängen oder daran scheitern, dass Angebote fehlen oder nicht zugänglich sind.

361 Wir wollen Räume schaffen, die wirklich allen offenstehen. Das bedeutet mehr  
362 Räume wie den BPD Mädchentreff und Angebote für Flinta\* im Bezirk, die geschützt,  
363 zugänglich und selbstverständlich Teil der öffentlichen Infrastruktur sind. Es sollen  
364 Schwimmangebote speziell für Flinta\* etabliert werden, um Zugänge zu Bewegung

365 und Selbstbestimmung zu stärken. Es muss ein barrierefreier Ausbau zentraler  
366 Infrastruktur, insbesondere an Bahnhöfen und im öffentlichen Raum erfolgen und es  
367 müssen inklusive Sportangebote bereitgestellt werden, die Menschen mit und ohne  
368 Behinderung gemeinsam nutzen können.

369 Teilhabe ernst zu nehmen heißt, den Bezirk so zu gestalten, dass niemand  
370 ausgeschlossen wird – weder durch Barrieren noch durch Kosten oder fehlende  
371 Angebote.

372

373 **Geschlechtsspezifische Gewalt und Partnerschaftsgewalt**  
374 **stoppen**

375 **Gewaltschutz sichtbar machen und priorisieren**

376 Geschlechtsspezifische und partnerschaftliche Gewalt ist auch in Spandau  
377 erschreckend weit verbreitet. Die Quote bei häuslicher Gewalt liegt in Spandau 40%  
378 über dem Berliner Durchschnitt. Der aktuelle Präventionsbericht zeigt: Die Fallzahlen  
379 sind hoch – und sie steigen. Vorhandene Hilfsangebote wie Hinbun, Eulalia Eigensinn  
380 oder StoP-Spandau sind teilweise so überlastet, dass sie Betroffene nur an weiter  
381 entfernte, schlechter erreichbare Strukturen verweisen können. Das zeigt: diese  
382 Angebote müssen wir stärken und ausbauen!

383 Geschlechtsspezifische Gewalt ist kein individuelles Problem. Wir als Linke  
384 verschreiben uns der Bekämpfung tief verankerter sexistischer Strukturen und  
385 setzen uns für die politische Priorisierung dieser gesellschaftlichen Aufgabe ein.

386 Hilfsangebote müssen dort sein, wo Menschen sind – und sie müssen bekannt sein.  
387 Wir fordern deutlich mehr Sichtbarkeit von bestehenden Beratungsstellen, eine  
388 aktive, aufsuchende Informationspolitik im öffentlichen Raum, in Schulen,  
389 Einrichtungen und Nachbarschaften sowie niedrigschwellige Zugänge für  
390 Hilfsangebote im Bezirk.

391 Sichtbarkeit ist kein Zusatz – sie entscheidet darüber, ob Betroffene überhaupt Hilfen  
392 erreichen. Wir setzen uns deshalb für mehrsprachige und barrierefreie Zugänge ein.

393

394 **Verlässliche Finanzierung statt Projektlogik**

395 Viele Angebote arbeiten am Limit – befristet, unterfinanziert und ohne  
396 Planungssicherheit - das muss sich ändern.

397 Wir setzen uns ein für eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung aller bezirklichen  
398 Hilfsangebote, die klare Priorisierung von Gewaltschutz im Bezirkshaushalt, den  
399 Ausbau von Strukturen, die langfristig tragen für einen verlässlichen Gewaltschutz

400 anstatt kurzfristiger Projekte sowie den einfachen Zugang zu Wissen, da Betroffene  
401 schnelle und klare Orientierung brauchen.

402 Deshalb fordern wir klare, verständliche Übersichten über alle Hilfsangebote im  
403 Bezirk, gebündelte Informationen, die einfach zugänglich und auffindbar sind, sowie  
404 Wissensvermittlung zu Rechten und Unterstützungsmöglichkeiten – niedrigschwellig  
405 und zielgruppenspezifisch.

406

#### 407 **Gewaltschutz strukturell verankern**

408 Damit das alles nicht Stückwerk bleibt, braucht es verbindliche Konzepte.

409 Wir fordern daher die Entwicklung und Umsetzung bezirklicher  
410 Gewaltschutzkonzepte, eine klare Orientierung an den Bedarfen von Betroffenen  
411 sowie verbindliche Zuständigkeiten und koordinierte Zusammenarbeit.

412 Gewaltschutz muss sichtbar, erreichbar und verlässlich sein. Nicht irgendwann –  
413 sondern jetzt. Wir akzeptieren nicht, dass Betroffene allein bleiben. Spandau muss  
414 ein Bezirk werden, in dem Schutz real ist – nicht nur ein Versprechen.

415

#### 416 **Schutz für alle**

#### 417 **Inklusiver Katastrophenschutz**

418 Katastrophenschutz muss für alle da sein – gerade in Krisen zeigt sich, ob eine  
419 Gesellschaft solidarisch organisiert ist oder ob Menschen zurückgelassen werden. In  
420 Spandau sehen wir hier deutliche Lücken: Die Bedürfnisse von Menschen mit  
421 Behinderungen, älteren Menschen, Kindern oder anderen vulnerablen Gruppen  
422 werden noch immer nicht ausreichend mitgedacht.

423 Für uns ist klar: Katastrophenschutz ist eine soziale Frage. Wer keinen Zugang zu  
424 Informationen hat, mobilitätseingeschränkt ist oder auf Unterstützung angewiesen  
425 ist, braucht besondere Berücksichtigung – nicht erst im Notfall, sondern von Anfang  
426 an.

427 Wir setzen uns für den Aufbau eines inklusiven Katastrophenschutzes ein, der  
428 niemanden ausschließt. Dazu gehört die systematische Einbeziehung von Menschen  
429 mit Behinderungen und anderen vulnerablen Gruppen in Planung und Umsetzung,  
430 barrierefreie Kommunikation, die verständlich, mehrsprachig und zugänglich ist  
431 sowie Strukturen, die auch im Krisenfall tatsächlich erreichbar und nutzbar sind.

432 Aufgrund des Stromausfalls im Süden Berlins Anfang des Jahres wurde der dringend  
433 nötige Ausbau von sogenannten Katastrophenschutz-Leuchttürmen endlich auch in

434 Spandau in Angriff genommen. Das Rathaus und einige Grundschulen wurden bisher  
435 festgelegt. Wir als Linke fordern klar noch mehr klar erkennbare, wohnortnahe  
436 Anlaufstellen im Krisenfall. Diese sollen niedrigschwellig erreichbar sein, als sichere  
437 Orte und Informationspunkte dienen sowie gezielt auch die Bedürfnisse vulnerabler  
438 Gruppen berücksichtigen. So schaffen wir für möglichst viele Menschen Orientierung  
439 und konkrete Hilfe anstatt Unsicherheit im Ernstfall.

440

#### 441 **Resilienz gemeinsam stärken**

442 Katastrophenschutz beginnt nicht erst bei der Katastrophe. Deshalb setzen wir auf  
443 inklusive Resilienzförderung im Alltag mittels der Stärkung von Nachbarschaften und  
444 lokalen Netzwerken, Schulungen und Informationsangebote für unterschiedliche  
445 Zielgruppen sowie durch die Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen und  
446 Initiativen.

447 Eine solidarische Gesellschaft ist widerstandsfähiger, das gilt besonders in Krisen.  
448 Eine Möglichkeit stellt das Freiwillige Register für Unterstützung im Notfall dar. Ziel  
449 ist es, im Katastrophenfall schneller Unterstützung organisieren zu können und  
450 Menschen zu erreichen, die besondere Hilfe benötigen.

451 Dabei gilt für uns klar: Datenschutz und Freiwilligkeit stehen an erster Stelle.  
452 Niemand darf erfasst werden, ohne es zu wollen. Alle Daten müssen sicher und  
453 verantwortungsvoll genutzt werden.

454 Wir wollen einen Katastrophenschutz, der nicht nur funktioniert, sondern gerecht ist.  
455 Dadurch schaffen wir ein Spandau, in dem niemand vergessen wird im Ernstfall.

456

#### 457 **Sicherheit für alle**

458 Sicherheit bedeutet für uns: Alle Menschen in Spandau können sich frei bewegen,  
459 den Bezirk nutzen und ihr Leben ohne Angst vor Gewalt, Armut oder Ausgrenzung  
460 gestalten. Sicherheit erwächst aus starken Rechten, verlässlicher sozialer  
461 Infrastruktur, guter Stadtplanung und echter Beteiligung – aus einem Bezirk, der  
462 niemanden zurücklässt. Wir denken Sicherheit radikal sozial: mit Bildung, Jugend  
463 und Sozialarbeit, Beratungsangeboten, barrierefreien Wegen und sicheren Räumen  
464 für Mädchen\*, Frauen\*, Queers, Menschen mit Behinderungen und alle, die  
465 besonders gefährdet sind. Statt Angst zu schüren und Menschen unter Verdacht zu  
466 stellen, setzen wir auf Solidarität, Teilhabe und den Abbau von Ungleichheit. Unsere  
467 Politik ist dabei klar positioniert: konsequent queerfeministisch, konsequent  
468 antirassistisch, konsequent antifaschistisch, konsequent inklusiv.

469

## 470 **Konsequent queerfeministisch**

471 Queere Menschen erleben in Berlin und auch in Spandau zunehmend Anfeindungen  
472 und Gewalt. Wir unterstützen queere Infrastruktur im Bezirk – von Jugendtreffs wie  
473 der *qu:alle* bis zu Initiativen wie der Havel Pride – und setzen uns dafür ein, dass sie  
474 Räume, Geld und Schutz erhalten. Queerfeministische Politik heißt für uns: Schutz  
475 vor Gewalt, sichere Räume, Sichtbarkeit und Selbstbestimmung – nicht nur in  
476 Szenekiezen, sondern in allen Kiezen.

477 Für uns ist klar: Sicherheit ist eine queerfeministische Frage. Wir wollen eine  
478 Stadtplanung, die von Anfang an die Perspektiven mitdenkt. Queerfeministische  
479 Stadtplanung heißt: gut beleuchtete, einsehbare Wege, barrierearme und sichere  
480 Querungen, sichtbare öffentliche Schutzräume, zugängliche, kostenlose und  
481 geschlechtsneutrale Toiletten und Aufenthaltsorte. Davon profitieren alle – auch  
482 ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen.

483

## 484 **Konsequent antirassistisch**

485 Spandau ist ein vielfältiger Bezirk. Menschen mit unterschiedlichen Geschichten,  
486 Herkunft, Religionen und Sprachen leben hier zusammen, prägen  
487 Nachbarschaften, Schulen und Betriebe – Spandau ist ihr Zuhause.

488 Für uns ist klar: Diese Vielfalt ist keine Ausnahme, sondern Teil des Alltags in  
489 unserem Bezirk. Alle Menschen, die hier leben, haben das gleiche Recht auf Würde,  
490 Teilhabe und ein Leben ohne Angst vor Diskriminierung.

491 Antirassismus heißt für uns, jeder Form von Ausgrenzung, Abwertung und  
492 Entrechtung entschieden entgegenzutreten – in Behörden, in Schulen, auf dem  
493 Wohnungsmarkt, im öffentlichen Raum und in der politischen Debatte. Wir stellen  
494 uns gegen eine Politik, die Menschen gegeneinander ausspielt, Vorurteile schürt und  
495 ganze Gruppen unter Verdacht stellt, statt soziale Probleme anzugehen.

496 Wer Sicherheit will, muss Armut bekämpfen, soziale Infrastruktur stärken und gleiche  
497 Rechte für alle verteidigen. Deshalb setzen wir auf gute Bildung, starke Jugend- und  
498 Sozialarbeit, demokratische Teilhabe, verlässliche Beratung und einen Bezirk, in dem  
499 niemand wegen Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Namen benachteiligt wird. Unser  
500 Ziel ist ein Spandau, in dem antirassistische Haltung nicht nur behauptet, sondern im  
501 Alltag spürbar wird.

502

## 503 **Konsequent gegen Antisemitismus und Antiziganismus**

504 Spandau ist ein vielfältiger Bezirk. In den letzten Jahren sind die Angriffe auf  
505 jüdische Menschen, auf Roma und Sinti und Menschen mit Migrationsgeschichte  
506 gestiegen. Nach wie vor tut der Bezirk zu wenig, um Schutz zu gewährleisten, sich  
507 kritisch mit allen Formen des Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus  
508 auseinanderzusetzen.

509 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass endlich eine Beauftragtenstelle gegen  
510 Antisemitismus und Antiziganismus geschaffen wird. Sie ist Ansprechperson für die  
511 Betroffenen und baut die Zusammenarbeit mit Vereinen, Gemeinden und Verbänden  
512 aus, um Strukturen gegen Antisemitismus und Antiziganismus im Bezirk zu stärken,  
513 präventiv tätig zu werden und Institutionen fit zu machen. Die Beauftragte wirkt  
514 zudem in die Verwaltung hinein, um sicherzustellen, dass der Grundsatz der  
515 allgemeinen Gleichheit ausnahmslos Anwendung findet.

516

## 517 **Konsequent antifaschistisch**

518 Rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle nehmen auch in Spandau zu. Für  
519 viele Menschen bedeutet das: Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe sind Teil  
520 ihres Alltags, nicht ein Randproblem. Für uns ist klar: Es gibt keine Mitte zwischen  
521 Faschismus und Antifaschismus.

522 Antifaschismus heißt für uns, rechten Parteien, Organisationen und Ideologien  
523 entschieden entgegenzutreten – auf der Straße, in Vereinen, Schulen und Betrieben  
524 ebenso wie in der BVV und im Abgeordnetenhaus. Wir stehen an der Seite  
525 derjenigen, die seit Jahren gegen Rechts arbeiten: Initiativen, Registerstellen,  
526 Beratungsangebote und Bündnisse, die Betroffene unterstützen, Vorfälle  
527 dokumentieren und Gegenwehr organisieren.

528 Wir setzen uns ein für eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung der Registerstelle  
529 Spandau und anderer Beratungsangebote gegen rechte, rassistische und  
530 antisemitische Gewalt – inklusive Räumen und Unterstützung bei  
531 Öffentlichkeitsarbeit und Bildung. Wichtig ist uns auch die Förderung von Bündnissen  
532 gegen Rechts, demokratischen Initiativen und Bildungsarbeit in Schulen,  
533 Jugendclubs und Nachbarschaftszentren – mit Räumen, Sachmitteln und  
534 Projektgeldern.

535 Unser Ziel ist ein Spandau, in dem rechte Propaganda keinen Platz hat und in dem  
536 Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt nicht allein gelassen  
537 werden – weder politisch noch finanziell noch im Alltag.

538

## 539 **Konsequent inklusiv**

540 In Spandau leben viele Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen  
541 – sie sind Teil dieser Stadt und haben das Recht, überall dabei zu sein: im ÖPNV, in  
542 Ämtern, in Schulen und Kitas, in Parks, auf Spielplätzen, in Kultur- und  
543 Sportangeboten. Trotzdem stoßen sie im Alltag immer wieder auf Barrieren: Stufen  
544 statt Rampen, kaputte oder fehlende Aufzüge, unverständliche Schreiben, nicht  
545 zugängliche Haltestellen, fehlende Gebärdensprache oder Leichte Sprache. Für uns  
546 ist klar: Barrierefreiheit ist keine „Extrasache“, sondern Grundlage von Demokratie  
547 und Teilhabe. Wir knüpfen an die UN-Behindertenrechtskonvention und an den  
548 Aktionsplan „Spandau inklusiv“ an – und wollen, dass aus Plänen konkrete  
549 Verbesserungen im Alltag werden.

550 Wir setzen uns ein für einen verbindlichen, mit Betroffenen gemeinsam erarbeiteten  
551 Plan zum barrierefreien Umbau aller bezirklichen Einrichtungen – Ämter, Bibliotheken,  
552 Bürgerämter, Jugendzentren, Sportstätten, Kulturorte, Spielplätze –, nach dem  
553 Prinzip „Design für alle“. Wir wollen einen barrierefreien öffentlichen Raum mit  
554 funktionierenden Aufzügen, abgesenkten Bordsteinen, sicheren Querungen,  
555 verständlicher Beschilderung und ausreichender Beleuchtung. Neue Barrieren dürfen  
556 nicht mehr gebaut werden.

557 Auch setzen wir uns für inklusive Kitas, Schulen und Freizeitangebote in Spandau  
558 ein, mit ausreichend Assistenz, Schulbegleitungen, Sonderpädagog:innen und  
559 Hilfsmitteln – damit Kinder und Jugendliche mit Behinderungen nicht ausgesondert,  
560 sondern selbstverständlich gemeinsam mit anderen lernen und ihre Freizeit  
561 verbringen. Inklusion heißt für uns: Menschen mit Behinderungen sind nicht  
562 „Objekte“ von Fürsorge, sondern Expert:innen in eigener Sache. Deshalb wollen wir,  
563 dass sie bei allen Fragen von Barrierefreiheit, Stadtplanung, Sicherheit und  
564 Katastrophenschutz mitentscheiden – mit echten Rechten statt nur mit Alibi-  
565 Anhörungen.

566

## 567 **Prävention statt Repression**

568 Konflikte im öffentlichen Raum – etwa im Münsinger Park oder rund um den Bahnhof  
569 – werden zu oft mit kurzfristigen Maßnahmen beantwortet, die Menschen  
570 verdrängen, statt Probleme zu lösen. Das verschiebt Konflikte, verschärft  
571 Unsicherheit und trifft vor allem diejenigen, die ohnehin wenig Raum haben. Wir  
572 setzen dagegen auf soziale Lösungen statt Verdrängung und Symbolpolitik. Dafür  
573 sind nachhaltige Maßnahmen notwendig wie aufsuchende Sozialarbeit, Streetwork  
574 und Parkläufer:innen.

575 Sicherheit entsteht durch Unterstützung und Präsenz – nicht durch Verdrängung  
576 oder ordnungspolitische Symbolmaßnahmen. Wir unterstützen Menschen, die vor  
577 Ort ansprechbar sind und Konflikte frühzeitig bearbeiten.

## 578 **Lebenswerter Bezirk**

579 Ein lebenswerter Bezirk bedeutet für uns mehr als funktionierende Infrastruktur. Er  
580 bedeutet, dass Menschen gut und sicher wohnen können, dass ihr Zuhause  
581 bezahlbar bleibt und dass Nachbarschaften nicht durch Verdrängung zerrissen  
582 werden. Er bedeutet, dass Grünflächen, saubere Luft und ein gesundes Klima kein  
583 Luxus sind, sondern Teil öffentlicher Daseinsvorsorge.

584 Ein lebenswerter Bezirk schützt die natürlichen Lebensgrundlagen, begegnet der  
585 Klimakrise entschlossen und sorgt gleichzeitig dafür, dass alle Menschen gut durch  
586 den Alltag kommen – unabhängig vom Geldbeutel, vom Wohnort oder von der  
587 Mobilität. Bezahlbare Mieten, klimaresiliente Quartiere, eine sozial gerechte  
588 Energieversorgung und eine Mobilität, die für alle zugänglich ist, gehören für uns  
589 untrennbar zusammen.

590 Unser Ziel ist ein Spandau, in dem Wohnen, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung  
591 am Gemeinwohl ausgerichtet sind: ökologisch verantwortungsvoll, sozial gerecht  
592 und demokratisch gestaltet.

593

## 594 **Mieten und Wohnen**

### 595 **Neue Milieuschutzgebiete**

596 Spandau hat bereits drei Milieuschutzgebiete (Wilhelmstadt, Neustadt, Stresow).  
597 Dort werden Mieter:innen bereits vor Verdrängung und hohen Mieten geschützt.

598 2024 hat das Bezirksamt ein Gutachten in Auftrag gegeben, um weitere Gebiete  
599 (Siemensstadt, Rudolf-Wissell-Siedlung, Stresow, Germersheimer Platz) zu  
600 überprüfen. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass in allen vier geprüften  
601 Gebieten hoher Verdrängungsdruck und starkes Aufwertungspotenzial bestehen und  
602 empfiehlt deswegen Milieuschutz für alle vier Gebiete. Das Bezirksamt hat das  
603 bisher ohne erkennbaren Grund nur für Stresow umgesetzt. Wir fordern, dass auch  
604 die anderen Gebiete entsprechend der fachlichen Einschätzung zu  
605 Milieuschutzgebieten erklärt werden.

606

### 607 **Milieuschutz stärken**

608 Der Milieuschutz ist eine wichtige Grundlage für Mieter:innenschutz und ein  
609 zentrales Werkzeug, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Gleichzeitig reicht er in  
610 seiner bisherigen Form nicht aus, um Verdrängung wirksam zu verhindern. Deshalb  
611 wollen wir den Milieuschutz in Spandau konsequent anwenden, auf neue Gebiete  
612 ausweiten und zugleich weiterentwickeln, damit er Mieter:innen tatsächlich schützt

613 und Verdrängung spürbar entgegenwirkt. Neue Milieuschutzgebiete schaffen  
614 Sichtbarkeit und setzen ein klares Signal: Dein Zuhause soll dein Zuhause bleiben.  
615 Die Benennung von Milieuschutzgebieten ist dabei aber nur der erste Schritt. Echter  
616 Schutz muss in der Praxis durchgesetzt werden. Um das Bezirksamt zu unterstützen  
617 und Mieter:inneninitiativen demokratisch einzubeziehen, fordern wir die Gründung  
618 eines Milieuschutzbeirats. Dieser soll Genehmigungskriterien und Anwendungspraxis  
619 weiterentwickeln, über neue Milieuschutzgebiete beraten und notwendige  
620 Verschärfungen empfehlen.

621 Besonders gegen Kurzzeitvermietung und möbliertes Wohnen wollen wir  
622 entschieden vorgehen. Wir wollen in Milieuschutzgebieten dafür ein Verbot schaffen.  
623 Für den Neubau wollen wir Richtlinien entwickeln, damit der Wohnraum langfristig  
624 verfügbar und bezahlbar bleibt. Die Kürzung von Geldern für bestehende  
625 Milieuschutzberatungen lehnen wir konsequent ab.

626

### 627 **Verfolgung von Wuchermiete**

628 Unser Mietwucher-Check zeigt, dass viele Vermieter in unserem Bezirk verboten  
629 hohe Mieten verlangen. Das wollen wir künftig auf Landesebene verfolgen. Sollte  
630 das nicht geschehen, wollen wir die Stellen zur Verfolgung von Wuchermiete im  
631 Bezirk verstetigen. Der Beschluss der BVV zur Schaffung einer Mietpreisprüfstelle in  
632 Westberlin soll unabhängig davon endlich umgesetzt werden.

633

### 634 **Housing First**

635 Das effektivste Mittel um Menschen aus der Obdachlosigkeit hinaus zu helfen, ist  
636 eine eigene Wohnung. Wir fordern, dass das erfolgreiche Modellprojekt Housing First  
637 auch in Spandau umgesetzt wird. Das Bezirksamt soll dafür eng mit den  
638 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sowie privaten Vermieter:innen  
639 zusammenarbeiten.

640

### 641 **Siemensstadt Square**

642 Wir wollen, dass das Bauprojekt den bestehenden Defiziten in der Siemensstadt  
643 begegnet: Nahversorgung, Barrierefreiheit, Aufenthaltsqualität, Verkehr sowie  
644 soziale und kulturelle Angebote müssen für die Bewohner:innen entwickelt werden.  
645 Das bestehende Zentrum der Siemensstadt soll sinnvoll ergänzt statt ersetzt  
646 werden. Es darf kein abgeschottetes Prestige-Quartier entstehen. Neue öffentliche  
647 Räume sind so zu gestalten, dass sie aktuellen Bewohner:innen zugänglich sind –  
648 nicht nur privilegierten Gruppen.

649 Auch der geplante Bau von 3.750 neuen Wohnungen muss diesem Anspruch gerecht  
650 werden: Es dürfen nicht 3.750 Mietpreisprobleme geschaffen werden, sondern  
651 dauerhaft bezahlbarer Wohnraum. Die industrielle Prägung gehört zwar zur Identität  
652 der Siemensstadt, darf aber nicht dazu führen, dass die Bedürfnisse der  
653 Spandauer:innen hinter Konzerninteressen zurückbleiben.

654 Eine rüstungsnahe Entwicklung lehnen wir entschieden ab. Stattdessen setzen wir  
655 für den neuen Innovationscampus auf gemeinwohlorientierte Forschung. Die  
656 Entwicklung und Nutzung des Areals muss transparent und verbindlich geregelt  
657 werden – mit klaren Vorgaben von Land und Bezirk statt nachträglicher  
658 Planungsanpassungen auf Wunsch und zu Gunsten des Konzerns.

659

## 660 **Neubauprojekte**

661 Trotz vieler leerstehender Flächen in der ganzen Stadt gibt es in Spandau einige  
662 Neubaupläne für Büroflächen, z.B. in der Geschützgießerei und auf dem ehemaligen  
663 Postgelände. Diese Planungen sollten überprüft werden und an die tatsächlichen  
664 Bedarfe der Menschen und der Wirtschaft angepasst werden. So könnten neben  
665 Wohnungen auch Kulturzentren, Begegnungsorte oder Gastronomie geschaffen  
666 werden. Spandau braucht keine leerstehenden Büros!

667

## 668 **Klima und Umwelt**

669 Viele Menschen in Spandau schätzen die Nähe zu Natur und Grünflächen. Doch  
670 Extremwetter bedroht Parks und Wälder – und stellt damit ein Risiko für alle dar. Wie  
671 die schweren Sturmschäden im Spandauer Forst im Jahr 2025 gezeigt haben,  
672 können die Folgen enorm sein.

673 Die Klimakrise ist längst Realität. Deshalb kämpfen wir für eine ökologische  
674 Umgestaltung unseres Bezirks.

675

## 676 **Klimaresilienz**

677 Die Anpassung des Bezirks an die immer heißeren Sommer ist existenziell. Wir setzen  
678 uns für Cooling Points im Bezirk ein, wo Menschen sich vor der Sonneneinstrahlung  
679 schützen können, die begrünt sind und an denen Trinkwasserspender bereitstehen.  
680 Die öffentlichen Gebäude des Bezirks sollen im Sommer ebenfalls Anlaufstellen sein,  
681 an denen Menschen sich abkühlen, mit Trinkwasser versorgen und aufhalten  
682 können. Langfristig sollen Spandauer:innen und dabei insbesondere Kinder und  
683 Senior:innen besser vor Extremhitze geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein,

684 soziale Einrichtungen an die Klimafolgen anzupassen und Schulhöfe naturnah zu  
685 gestalten.

686 Ein großes Problem in Berlin ist die Versiegelung vieler Flächen. Versiegelte Flächen  
687 speichern Wärme und sorgen so für noch heißere Temperaturen im Sommer. Sie  
688 nehmen Tieren und Pflanzen Lebensraum und sie verhindern, dass Regenwasser  
689 versickern und abfließen kann. Derzeit sind rund 42% der Fläche Spandaus  
690 versiegelt. Wir setzen uns für eine konsequente Entsiegelung von Flächen ein, um  
691 hierdurch die Spandauer:innen besser vor Hitze zu schützen und neue Lebensräume  
692 zu schaffen. In besonders von Hitze betroffenen Gebieten Spandaus, sollen durch  
693 Ankauf und Umbau von Flächen neue Grünflächen geschaffen werden.

694

## 695 **Biodiversität**

696 Die bereits bestehenden Grünflächen in Spandau sollen klimaresilient und  
697 biodiverser gestaltet werden. Nur eine lebendige Natur kann ein erholsamer Ort für  
698 Menschen sein und zugleich Lebensräume bieten. Dies bedeutet, die  
699 Grünflächenplanung daran auszurichten, wie man mit klimaresilienten und  
700 heimischen Pflanzenarten sowohl Lebensräume für Tiere wie auch Aufenthaltsorte  
701 für Menschen schaffen kann. Auch die Wasserversorgung für die in Spandau  
702 lebenden Wildtiere, Vögel und Insekten ist bei der Grünflächenplanung zu  
703 berücksichtigen.

704 Die Bewässerung und Pflege der Bäume in Spandau muss durch ein personell und  
705 finanziell gestärktes Straßen- und Grünflächenamt sichergestellt werden, um  
706 weiteren Verlust von wichtigen Bäumen zu verhindern. Die Mitarbeitenden sollen  
707 außerdem darin geschult werden, Grünflächen naturnah zu pflegen.

708

## 709 **Erneuerbare Energie**

710 Wir nutzen alle bauplanungsrechtlichen Möglichkeiten und städtebauliche Verträge,  
711 um den Ausbau von Solarenergie voranzutreiben. Photovoltaik- und Solarthermie-  
712 Anlagen auf Dächern und Fassaden sollen planungsrechtlich gefördert und – wo  
713 möglich – zum Standard gemacht werden. Damit leistet Spandau einen wichtigen  
714 Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität und macht die Menschen im Bezirk  
715 zugleich unabhängiger von globalen Krisen.

716 Wir befürworten generell den Ausbau von Windkraft unter der Voraussetzung, dass  
717 eine sozial gerechte, umweltverträgliche und transparente Umsetzung erfolgt.  
718 Deswegen lehnen wir eine Bebauung der Rieselfelder mit Windkraftanlagen ab, denn  
719 die Rieselfelder sind als Landschaftsschutzgebiet nicht nur für die Biodiversität im

720 Bezirk unersetzlich, sondern auch ein wichtiger Naherholungsort für die Menschen in  
721 Spandau.

722

## 723 **Wärmeversorgung**

724 Im Bezirk sollen bessere Strukturen zur Umsetzung der Wärmeplanung und  
725 Entwicklung von Quartierskonzepten geschaffen werden, um die Planung mit einer  
726 echten Beteiligung der Bewohner:innen umsetzen zu können.

727 Wir stellen uns gegen den Neubau des Holzverbrennungs-Kraftwerks in Reuter-  
728 West. Fernwärmeversorgung durch Holzverbrennung kann in der Realität nicht  
729 klimaneutral funktionieren. Den hohen Preis zahlen langfristig die Verbraucher:innen  
730 über ihre Heizkosten. Wir setzen uns dafür ein, dass die BEW am Standort  
731 Alternativen überprüft, bspw. Tiefengeothermie, mit der in Potsdam bereits gute  
732 Erfahrungen gemacht werden.

733

## 734 **Verkehr**

735 Für uns ist Verkehrspolitik Sozialpolitik. Mobilität darf in unserem Bezirk weder vom  
736 Stadtviertel noch vom Geldbeutel oder dem Gesundheitszustand abhängig sein.  
737 Unsere Priorität liegt daher auf der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs  
738 (ÖPNV) sowie dem Ausbau eines umfassenden Radwegenetzes und von  
739 barrierefreien Gehwegen. So schaffen wir eine zukunftsfähige, klimafreundliche  
740 Mobilität für alle Spandauer:innen – sowohl innerhalb des Bezirks als auch in  
741 Richtung Innenstadt.

742 Für den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV brauchen wir dringend weitere Park &  
743 Ride-Angebote – besonders am Stadtrand. Spandau benötigt außerdem eine  
744 bessere Verkehrsanbindung an die Berliner Innenstadt und neue  
745 Schienenverkehrsstrassen, um Pendel- und Wirtschaftsverkehr in den Griff zu  
746 bekommen.

747

## 748 **Fußverkehr**

749 Der Fußverkehr ist nicht nur eine Frage der Mobilität. Ein Bezirk, in dem sich die  
750 Menschen zu Fuß gut und sicher fortbewegen können, ist lebendiger und schafft  
751 nachbarschaftliche Begegnung. Wir brauchen dafür eine durchdachte  
752 Fußgängerinfrastruktur, die vor allem Menschen berücksichtigt, die weniger schnell  
753 und flexibel reagieren können. Wir wollen inklusive Mobilität fördern, barrierefreie  
754 Zugänge zu allen U- und S-Bahnhöfen schaffen, Bordsteinabsenkungen umsetzen

755 und mehr öffentliche Toiletten mit barrierefreiem Zugang aufstellen. Für eine sichere  
756 Fußgängerinfrastruktur wollen wir mehr Querungshilfen (z.B. Zebrastreifen), eine  
757 Priorisierung von Fußgänger:innen an Ampelanlagen und eine Regelung zum  
758 Abstellen von Leihfahrrädern und Leihrollern.

759

## 760 **Stadtplätze**

761 Wir wollen Plätze in unserem Bezirk für die Menschen wiedergewinnen. So sollen in  
762 den Stadtteilen „Stadtplätze“ entstehen, indem der Raum, der von parkenden Autos  
763 eingenommen wird, wieder für das soziale Leben geöffnet wird. Priorität haben  
764 hierbei zentrale Plätze und Geschäftsstraßen in unseren dicht besiedelten Kiezen.  
765 Die Sperrung ausgewählter Abschnitte für den Durchgangsverkehr und eine  
766 intensive Begrünung schaffen dort mehr Lebensqualität, bieten Platz für  
767 Außengastronomie und gewinnen Aufenthalts- und Begegnungsflächen für die  
768 Nachbarschaft zurück.

769

## 770 **Radverkehr**

771 Wer mit dem Fahrrad aus Spandau in die Innenstadt fährt, weiß, dass Radwege  
772 durch geparkte Autos, Müll und Baumwurzeln nur schwer befahrbar sind. An vielen  
773 Stellen sind die Radwege nicht ausreichend von anderen Verkehrsteilnehmer:innen  
774 getrennt, viele Einfahrten und Kreuzungen stellen Gefahrenquellen für Radfahrende  
775 dar.

776 Das bedeutet für uns, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

777 Wir wollen die Umsetzung der Radschnellverbindungen (RSV) RSV 2 (Mitte-Tegel-  
778 Spandau), RSV 5 (West-Route) und RSV 8 (Falkenseer Chaussee – Nonnendamm)  
779 vorantreiben. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung des Radvorrangnetzes in  
780 Spandau ein.

781 Im Bezirk müssen zukünftig Fahrradwege und deren Neu- bzw. Ausbau im Rahmen  
782 von allen Verkehrsprojekten mitgedacht werden. Die existierenden Fahrradwege  
783 sollen evaluiert und Gefahrenstellen für Radfahrende beseitigt werden. Im Bezirk  
784 sollen mehr wetterfeste Abstellflächen für Fahrräder geschaffen werden. An großen  
785 Bahnhöfen und ÖPNV-Knotenpunkten, wie dem Fernbahnhof Spandau und dem U-  
786 Bahnhof Haselhorst, sollen Fahrradparkhäuser eingerichtet werden.

## 787 **Straßenbahn**

788 Für viele der 247.000 Spandauer:innen stellt das überlastete Bussystem die  
789 wesentliche Anbindung an den ÖPNV dar. Große Wohngebiete, wie die Heerstraße  
790 Nord, das Falkenhagener Feld, Hakenfelde sind ebenso wie die großen  
791 Neubaugebiete nur mit dem Bus an den Bezirk und die Innenstadt angebunden.  
792 Senat und Bezirksamt setzen auf teure Großprojekte und Luftschlösser wie eine  
793 Magnetschwebbahn. Wenn Staus und volle Busse jedoch täglich die Realität vieler  
794 Spandauer:innen sind, brauchen wir schnelle, bezahlbare und umsetzbare Lösungen.

795 Wir schließen uns daher den Forderungen des Bündnisses Pro-Straßenbahn mit  
796 einem umfassenden Straßenbahnnetz in Spandau an. Die bereits einmal im  
797 Nahverkehrsplan enthaltene und teilweise geplante Querverbindung Kurt-  
798 Schumacher-Platz – Urban Tech Republic – Gartenfeld – Spandau muss umgesetzt  
799 werden, insbesondere um eine Anbindung der Neubaugebiete im Spandauer Norden  
800 zu schaffen. Auf den überlasteten Linien des M36, 136 und 236 (Wilhelmstadt-  
801 Rathaus Spandau-Hakenfelde/Haselhorst) und M37 sowie 137 (Rudolf-Wissell-  
802 Siedlung – Rathaus Spandau – Falkenhagener Feld), sowie den wichtigsten  
803 Pendlerverbindungen (Spandauer Damm (M45), Brunsbütteler Damm (M32), Heerstr.  
804 (M49)) soll eine Tramanbindung erfolgen, die die Überlastung durch den Autoverkehr  
805 senkt und den Menschen im Bezirk eine schnellere und komfortablere Anbindung  
806 bietet. Des Weiteren soll eine Anbindung des Südens des Bezirks ab Heerstraße bis  
807 nach Kladow und weiter Richtung Potsdam-Kramnitz geprüft und entwickelt  
808 werden.

809

## 810 **Busverkehr**

811 Neubau und Ausbau des schienenbasierten Nahverkehrs brauchen ihre Zeit zur  
812 Umsetzung. Wir wollen schnelle Veränderungen im Nahverkehr für die  
813 Spandauer:innen. Zeitnah müssen daher Verbesserungen des Bussystems in  
814 Spandau umgesetzt werden. Das bedeutet u.a. eine schnelle Planung und den  
815 Ausbau von Busspuren und Bus-Vorrangschaltungen.

816 Die Bushaltestellen im Bezirk sollen barrierefrei sein, die Menschen vor Witterung  
817 schützen und durch eine sinnvolle Begrünung und Beschattung klimafreundlich zum  
818 Hitzeschutz in Berlin beitragen. Wir wollen daher gemeinsam mit der BVG eine  
819 umfassende Erneuerung der Bushaltestellen im Bezirk umsetzen.

## 820 **U-Bahn/S-Bahn**

821 Die Bahnverbindungen aus dem Westen in Richtung Spandauer Zentrum sind  
822 optimierbar – sowohl bei der S-Bahn als auch bei der Regionalbahn. Das geht nur  
823 gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund. Zur Entzerrung des Busverkehrs im  
824 Bezirk setzen wir uns für die Realisierung der S-Bahn-Verlängerung nach Falkensee  
825 ein – selbstverständlich ohne Abbau des hoch ausgelasteten Regionalbahnangebots.  
826 In diesem Zuge setzen wir uns für den Neubau eines S-Bahnhofs »Spandau West«  
827 bei der Feuerwache am Ungewitterweg zwischen Albrechtshof und Bahnhof  
828 Spandau ein.

829 Die immer wieder thematisierten Verlängerungen von U2 und U7 sind keine  
830 kurzfristigen Lösungen für Spandau. Sie sind kostenintensiv und mit langen  
831 Bauzeiten verbunden. Diskussionen über unrealistische Ausbauprojekte stehen  
832 dabei realisierbaren Optionen im Weg.

833 Wir streben zunächst eine Verlängerung der U2 mit einer Brücke über die  
834 Charlottenburger Chaussee an. Somit wird der Gewerbehof (IKEA, Bauhaus, Media  
835 Markt) mit einem neuen Bahnhof an die S-Bahn angebunden. Davon profitiert auch  
836 die Wohnsiedlung Teltower Straße und die Polizeidirektion. Eine Weiterführung der  
837 U2 über den Güterbahnhof Ruhleben und die alte, vorhandene „Kohlebahn“ bis  
838 Paulsternstraße oder Gartenfeld kann die dortigen Wohngebiete anschließen. Der  
839 Ausbau der U7 soll dann erfolgen, wenn er sinnvoll umgesetzt werden kann und  
840 hierbei nicht dem zeitnahen Ausbau anderer Verkehrsmittel entgegensteht.

841

## 842 **Wirtschafts-, Liefer- und Schwerlastverkehr, sowie Wasserstraßen**

843 Das Aufkommen des Güterverkehrs wächst weiter. Spandau ist Standort und  
844 Durchfahrtsgebiet mehrerer Logistikzentren von Online-Händlern, Paketzustellern  
845 und Speditionen. Darüber hinaus ist der Bezirk belastet durch „Transitverkehr“ von  
846 Lastwagen, die Spandau durchfahren, ohne einen Anlaufpunkt im Bezirk zu haben –  
847 häufig nicht einmal in Berlin.

848 Mit der Havel – speziell mit dem Südhafen, mit Spree und Schifffahrtskanal sowie mit  
849 diversen Gleisanlagen und dem Güterbahnhof Ruhleben als potentiell  
850 Logistikzentrum mit Straßenanbindung (Charlottenburger Chaussee und Freiheit) –  
851 ist Spandau prädestiniert für ein teilweises Umschichten des Wirtschafts- und  
852 Lieferverkehrs auf Wasserstraßen und Schienen. Dort wo ein Umschichten nicht  
853 realisierbar ist, müssen tragfähige Konzepte entwickelt werden, die Güterverkehr  
854 bündeln und organisieren können, um der Überlastung der Spandauer Straßen  
855 entgegenzuwirken. Hierzu schlagen wir die Entwicklung eines bezirklichen  
856 Gesamtkonzepts vor.

857 Die Wasserstraßen sollen nicht nur wirtschaftlich nützlich sein. Wir sind für eine  
858 notwendige Nutzung der Wasserstraßen auch für den ÖPNV. Dies darf jedoch nicht  
859 bedeuten, Symbolprojekte mit fraglichem Nutzen umzusetzen, um den vordringlichen  
860 Ausbau anderer Verkehrsmittel, die die erste Linie des ÖPNV bilden, aufzuschieben.  
861 Zugleich muss bei der Nutzung der Wasserstraßen die Umweltverträglichkeit –  
862 sowohl hinsichtlich der Emissionen als auch hinsichtlich des Uferschutzes und des  
863 Tierschutzes – gesichert sein.

864

## 865 Sportinfrastruktur

866 Sportangebote machen Spandau lebenswerter. Sie schaffen Begegnung, sind Teil  
867 der Gesundheitsvorsorge und geben Kindern und Jugendlichen Räume für ihre  
868 eigene Entfaltung. Deshalb wollen wir Sport nicht nur als Leistungs- oder  
869 Vereinssport denken, sondern als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge: zugänglich,  
870 inklusiv und wohnortnah.

871 Spandau verfügt über viele Sportplätze, Sporthallen und Bewegungsräume.  
872 Gleichzeitig ist klar: Der Sanierungsbedarf ist erheblich. Für die Sanierung aller  
873 Sportflächen im Bezirk werden nach Rathausschätzung rund 65 Millionen Euro  
874 benötigt. Das Bezirksamt hat mehrere Projekte für das Bundesprogramm zur  
875 Sanierung kommunaler Sportstätten angemeldet, darunter den Gößweinsteiner  
876 Gang, das Stadion Hakenfelde, die Sportanlage Spektefeld, die Wilhelmstraße und  
877 die Lutoner Straße. Diese Schritte sind wichtig, reichen aber langfristig nicht aus.  
878 Sanierung und Instandhaltung dürfen nicht immer wieder verschoben werden,  
879 während Schulen, Vereine und Freizeitsportler:innen mit eingeschränkten  
880 Kapazitäten leben müssen. Wir wollen Gelder für die Instandhaltung dauerhaft für  
881 Spandau sichern und nicht projektbasiert immer wieder neu verhandeln müssen.

882 Der Nutzungsschwerpunkt der Sportanlagen soll auch noch klarer auf Schulsport,  
883 Breitensport, inklusiven und alltagstauglichen Bewegungsangeboten liegen – nicht  
884 auf Prestigeprojekten oder wettkampforientierten Nutzungen. Sportstätten müssen  
885 barrierearm, für Bedarfe aller Sportler:innen ausgestattet und gut erreichbar sein.  
886 Wer Sport treiben will, darf nicht an kaputten Hallen, fehlenden Zeiten, Kosten oder  
887 langen Wegen scheitern.

## 888 **Nachbarschaft und Kieze**

889 Spandau ist ein besonderer Bezirk. Kein anonymer Fleck auf der Landkarte, sondern  
890 ein Ort mit Geschichte und Geschichten, mit Kiezen, mit Menschen, die sich kennen.  
891 Doch in den letzten Jahren ist etwas verloren gegangen: das Gefühl, dass jemand  
892 zuständig ist. Dass jemand hinschaut. Dass der Bezirk nicht nur verwaltet, sondern  
893 sich wirklich kümmert. Es geht um alle notwendigen Güter und Dienstleistungen und  
894 darum, dass diese jeder einzelnen Person für ein auskömmliches Leben zur  
895 Verfügung gestellt werden.

896

## 897 **Nachbarschaftshilfe, die wirklich ankommt**

898 Viele Menschen in Spandau leben allein. Ältere, die keine Familie in der Nähe haben.  
899 Menschen, die nach einer Krankheit wieder auf die Beine kommen. Zugezogene, die  
900 sich noch nicht auskennen. Für sie kann ein kleines Problem – ein defekter  
901 Wasserhahn, ein Arzttermin, eine unleserliche Behördenpost – schnell zur großen  
902 Last werden.

903 Wir wollen das ändern: mit einem Kieztreff bzw. einer Kiezkoordination in jedem  
904 Ortsteil. Kleine, niedrigschwellige Anlaufstellen, die unkompliziert unterstützen –  
905 beim Einkaufen, bei kleinen Reparaturen, beim Ausfüllen von Formularen, beim  
906 Navigieren im Behördenschwungel. Keine umständliche Bürokratie. Einfach  
907 Nachbar:innen und Bekannte, die für andere da sind.

908 Das Rückgrat dieser Arbeit ist das Ehrenamt und das verdient endlich eine  
909 angemessene Wertschätzung. Wir wollen die Spandauer Freiwilligenagentur stärken,  
910 um Ehrenamtliche in Spandau besser zu vernetzen, ihnen Räume zu geben,  
911 Fortbildungen zu ermöglichen und ihre Arbeit sichtbar machen. Denn wer  
912 ehrenamtlich arbeitet, tut das füreinander – nicht nur miteinander. Das ist ein  
913 Unterschied, den wir ernst nehmen.

914 Gleichzeitig wollen wir alle bestehenden Beratungsangebote im Bezirk besser  
915 vernetzen. Wer Hilfe sucht, sollte nicht zehn Telefonnummern ausprobieren müssen.  
916 Ein übersichtliches, digitales und analoges Netzwerk zeigt klar: Wer hilft wem – und  
917 wie komme ich hin? Die bestehenden Quartiersmanagements z.B. in der Heerstraße  
918 Nord und in der Neustadt sollen dafür gestärkt und über 2027 hinaus erhalten  
919 werden.

920 Sozialraumorientierte Konzepte zur Stärkung von Kindern und Familien und zur  
921 Bekämpfung von Kinderarmut sind notwendig. Wir werden den „Spandauer  
922 Sozialgipfel“ weiter durchführen, um alle sozialen Träger an einen Tisch zu holen, um  
923 ein Konzept zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut zu erarbeiten, aber

924 auch um anderen vulnerablen und marginalisierten Gruppen Unterstützung  
925 anzubieten.

926

## 927 Streiten ohne Gericht

928 Nachbarschaftskonflikte sind so alt wie das Zusammenleben. Streit wegen Lärm,  
929 Müll, parkenden Autos oder Gerüchen. Die meisten dieser Konflikte enden nicht vor  
930 Gericht – aber sie vergiften den Alltag, manchmal jahrelang. Wir brauchen  
931 niedrigschwellige Wege, Konflikte zu lösen, bevor sie eskalieren.

932 Spandau hat drei Schlichtungsstellen. Das ist ein Anfang – aber nicht genug. Wir  
933 wollen diese Stellen ausbauen, modernisieren und für alle Altersgruppen attraktiver  
934 machen. Wir wollen mehr Menschen für das Ehrenamt als Schlichter:innen  
935 begeistern, um möglichst viele Lebensrealitäten abzubilden und eine breite Auswahl  
936 an Sprachen anzubieten für die Schlichtungsgespräche. Mediation soll zur ersten  
937 Reaktion werden – nicht zur Ausnahme.

938 Dabei denken wir Konfliktlösung breiter: Konfliktlots:innen-Kurse an Schulen können  
939 früh ansetzen und eine Kultur der Verständigung fördern. Integrationslots:innen  
940 leisten bereits wertvolle Vermittlungsarbeit im Alltag. Diese Strukturen wollen wir  
941 stärken und gezielt mit den Schlichtungsstellen verknüpfen. Damit Stadtteilzentren  
942 und Beratungsstellen diese Rolle überhaupt ausfüllen können, brauchen sie mehr  
943 Personal und mehr Räumlichkeiten.

944

## 945 Orte der Begegnung – für alle, nicht nur für manche

946 Ein Bezirk lebt von seinen Treffpunkten. Von Orten, an denen Menschen  
947 zusammenkommen – ohne etwas bezahlen zu müssen und die konsumfrei sind. Orte  
948 zum Reden, Spielen, Lachen oder einfach zum Dasein. Doch genau diese Orte  
949 werden immer weniger. Wer kein Geld hat, bleibt oft außen vor. Das ist nicht gerecht.

950 Wir sagen: Begegnung darf kein Luxus sein!

951 Wir wollen Räume schaffen, in denen jede:r willkommen ist – unabhängig vom  
952 Geldbeutel. Deshalb wollen wir den Ratskeller in Spandau endlich öffnen. Ein Politik-,  
953 Kultur und Begegnungsraum, der nicht verwaltet wird, sondern lebt. Der dem Bezirk  
954 gehört und den Menschen, die hier wohnen. Dieser könnte den Fraktionsbüros aber  
955 auch gemeinwohlorientierten Initiativen zur Verfügung gestellt werden, die dringend  
956 Räumlichkeiten suchen. Außerdem möchten wir niederschwellige politische  
957 Teilhabeformate etablieren.

958 Wir wollen eine Kiezkantine, in der man gemeinsam günstig essen kann, neue  
959 Menschen kennenlernt und merkt: Ich bin nicht allein.

960 Gerade in einem vielfältigen Bezirk wie Spandau braucht es Orte, die verbinden.  
961 Deshalb wollen wir Begegnungsstätten interkulturell und interreligiös öffnen,  
962 barrierefrei gestalten und so weiterentwickeln, dass sie die Realität unseres Bezirks  
963 widerspiegeln. Vielfalt darf kein Schlagwort sein – sie muss erlebbar werden.

964 Wir wollen Orte, an denen Generationen sich begegnen: Kinder, die Unterstützung  
965 bekommen. Jugendliche, die Raum haben. Familien, die sich austauschen. Ältere  
966 Menschen, die nicht allein bleiben. Orte, die den Alltag besser machen.

967 Denn ein funktionierender Kiez entsteht nicht von allein. Er braucht Räume. Und eine  
968 Politik, die sich kümmert.

969

## 970 Kultur für Alle

971 Bildung ist kein Luxus – sie ist ein Recht. Wer sich weiterbilden will, darf nicht an  
972 seinem Geldbeutel scheitern. Wir wollen in Spandau kostenlose Bildungsangebote  
973 für Erwachsene ausbauen – gemeinsam mit der Volkshochschule und anderen  
974 Trägern.

975 Musik, Kunst, Kultur dürfen nicht nur für Wenige erreichbar sein. Unsere  
976 Musikschulen sind gut, doch wir wollen, dass sie alle Kieze erreichen, nicht nur die,  
977 die nah an Bus oder Bahn wohnen. Mobile Angebote sollen Kultur zu den Menschen  
978 bringen. Musik ist kein Privileg für Bessergestellte – sie ist ein Recht für Alle in  
979 Spandau.

980 Besonders am Herzen liegt uns unsere Kulturwerkstatt – ein Ort, an dem man  
981 praktisch lernt: Heimwerken, bauen, reparieren, gestalten. Besonders Frauen, die  
982 bislang wenig Zugang zu handwerklichem Wissen hatten, sollen gefördert werden.  
983 Hilfe zur Selbsthilfe ist für uns keine Phrase. Wer ein Regal aufbauen, einen  
984 Wasserhahn wechseln oder etwas reparieren kann, ist ein Stück unabhängiger. Und  
985 genau diese Unabhängigkeit wollen wir für alle Menschen in Spandau ermöglichen.

986 Wir wollen öffentliche, bezirkliche Räume kostenfrei für marginalisierte Spandauer  
987 Kunstschaffende öffnen und Ihnen so mehr Sichtbarkeit geben.

988 Wir glauben: Bildung und Kultur verbinden. Sie schaffen Gemeinschaft. Sie machen  
989 Menschen stark.

990

## 991 Natur: Ein Grundbedürfnis

992 Natur berührt uns alle. Studien zeigen, dass Grün zu sehen, draußen zu sein, Bäume,  
993 Blumen und Wasser zu erleben, die psychische Gesundheit verbessert, Stress  
994 reduziert, Kinder ruhiger und Erwachsene resilienter macht. Trotzdem ist der Zugang  
995 zu Natur in Spandau ungleich verteilt. Wer einen Garten hat oder nahe der Havel  
996 oder des Waldes wohnt, hat Glück. Wer in einem dicht bebauten Kiez lebt, schaut oft  
997 nur auf graue Hinterhöfe.

998 Wir wollen das ändern. Wir wollen zusätzliche Nachbarschaftsgärten schaffen –  
999 gemeinschaftlich genutzte Grünflächen, auf denen Menschen gärtnern, sich treffen  
1000 und erholen können. Außerdem möchten wir, dass den Menschen im Kiez die  
1001 Bepflanzung von Baumscheiben niedrigschwellig ermöglicht wird. Wir setzen uns  
1002 dafür ein, dass bestehende Parks und Grünflächen barrierefrei, gepflegt und  
1003 einladend gestaltet werden. Barrierefrei bedeutet für uns, dass jede:r, vom  
1004 Kinderwagen bis zum Rollstuhl, die Natur erleben kann. Zudem wollen wir dafür  
1005 sorgen, dass naturnahe Freizeitangebote für alle Spandauer:innen erreichbar sind –  
1006 unabhängig von Einkommen oder Mobilität.

1007 Natur soll verbinden und Orte geschaffen werden, an denen Generationen und  
1008 Menschen aus allen Kulturen und Lebenslagen sich begegnen, nicht aneinander  
1009 vorbeileben. Wir wollen die Lebensqualität in jedem Kiez spürbar machen.

1010

## 1011 Ein sauberes Spandau

1012 Sauberkeit in der Umgebung klingt wie eine Selbstverständlichkeit - ist es aber oft  
1013 nicht. Wer täglich an vollen Mülleimern, Hundehaufen auf Gehwegen oder vermüllten  
1014 Spielplätzen vorbeikommt, spürt: Hier kümmert sich niemand. Das zermürbt, senkt  
1015 das Sicherheitsgefühl und nimmt den Menschen die Lust, selbst aktiv zu werden.

1016 Wir wollen das ändern: Mehr Mülleimer, besonders in Grünanlagen, an Spielplätzen  
1017 und an Orten, an denen viele Menschen unterwegs sind. Wir fordern außerdem die  
1018 personelle Stärkung der Grünflächenämter und den Einsatz von  
1019 Park-/Kiezläufer:innen gegen die Vermüllung.

1020

## 1021 Nahversorgung

1022 Die Bedarfsgerechte Nahversorgung ist grundlegend für die Lebensqualität in der  
1023 Nachbarschaft. Alle Menschen in Spandau müssen die Angebote des täglichen  
1024 Bedarfs wohnortnah, bezahlbar, barrierefrei und bedarfsgerecht erreichen können.  
1025 Dazu zählen nicht nur Einkaufsmöglichkeiten, sondern ausdrücklich auch

1026 gesundheitliche Versorgung, soziale Infrastruktur wie Schulen und Kitas,  
1027 Dienstleistungen sowie einladende öffentliche Räume im Stadtteil.

1028 Die Ausgangslage in den Spandauer Ortsteilen ist dabei sehr unterschiedlich.  
1029 Während einige Zentren gut ausgestattet sind oder weiterentwickelt werden,  
1030 bestehen andernorts deutliche Versorgungslücken. Das ist planerisches Versagen.  
1031 Bauvorhaben und großräumige Quartiersentwicklungen müssen deshalb künftig  
1032 einen verbindlichen Beitrag zu Nahversorgung, sozialer Infrastruktur und  
1033 gesundheitlicher Versorgung leisten. Bezirk und Land müssen planungsrechtliche  
1034 Instrumente konsequent nutzen, um eine verlässliche Versorgung in allen Stadtteilen  
1035 sicherzustellen. Bei der haus- und kinderärztlichen Versorgung braucht es darüber  
1036 hinaus politischen Druck aus Bezirk und Abgeordnetenhaus, damit die bestehende  
1037 Bedarfsplanung umgesetzt wird und tatsächlich mehr Niederlassungen in bislang  
1038 unterversorgte Bezirke wie Spandau gelenkt werden.

## 1039 **Gesundheit & Krisenintervention**

### 1040 **Armut macht krank**

1041 Armut macht krank – und zwar messbar früher, häufiger und schwerer. Menschen,  
1042 die in prekären Jobs arbeiten, in zu teuren Wohnungen leben oder auf Bürgergeld  
1043 angewiesen sind, haben nicht nur weniger Geld zur Verfügung, sondern auch mehr  
1044 Stress, stärkere psychische Belastungen und schlechtere Zugänge zu guter  
1045 Gesundheitsversorgung.

1046 Wir wollen, dass Gesundheit keine Frage von Einkommen, Herkunft oder  
1047 Aufenthaltsstatus ist. Dafür braucht Spandau eine starke, wohnortnahe  
1048 Gesundheits- und Sozialinfrastruktur. Gesundheits- und Familienzentren,  
1049 psychosoziale Beratungsstellen, Sucht- und Straßensozialarbeit sowie  
1050 funktionierende Krisendienste müssen dann verfügbar sein, wenn Hilfe gebraucht  
1051 wird – nicht erst nach Monaten.

1052

### 1053 **Gesundheits- und Familienzentren in den Kiezen**

1054 In sozial besonders belasteten Quartieren sollen kommunale Gesundheits- und  
1055 Familienzentren aufgebaut und gestärkt werden. Die bestehenden Familien- und  
1056 Gesundheitszentren in Spandau wollen wir ausbauen und stärken. Diese Zentren  
1057 sollen medizinische Grundversorgung, psychosoziale Beratung, Suchtberatung,  
1058 Sozialberatung sowie Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien unter einem  
1059 Dach bündeln. Ziel ist es, lange Wege zu vermeiden, Zugangsbarrieren abzubauen  
1060 und Hilfe niedrigschwellig dort anzubieten, wo die Menschen leben.

1061 Ergänzend setzen wir uns für den Ausbau medizinischer Versorgungszentren in  
1062 Spandau ein, zum Beispiel für ein neues MVZ in der Altstadt und der Siemensstadt,  
1063 um eine größere fachliche Vielfalt zu ermöglichen und Versorgungslücken zu  
1064 schließen. Gesundheitsangebote müssen sich am Bedarf der Menschen orientieren  
1065 und dauerhaft gestärkt werden – für Kinder und Jugendliche ebenso wie für ältere  
1066 Menschen oder Menschen mit Einschränkungen. Gesundheit darf keine Frage der  
1067 Erreichbarkeit oder Wirtschaftlichkeit sein, sondern ist Teil der öffentlichen  
1068 Daseinsvorsorge in allen Nachbarschaften Spandaus.

1069 Ein konkretes Beispiel zeigt, dass dieser Ansatz wirkt: Nach langem politischen  
1070 Einsatz der Linksfraktion in der BVV Spandau wird im Schuljahr 2026/2027 eine  
1071 Schulgesundheitsfachkraft an der Siegerland-Grundschule eingesetzt. Diese  
1072 Fachkraft wird dauerhaft präsent sein und die schulische Gesundheitsförderung und  
1073 -versorgung stärken. Dieses erfolgreiche Modell wollen wir nicht nur sichern,  
1074 sondern perspektivisch ausbauen und auf weitere Standorte übertragen.

1075

1076 **Psychosoziale Angebote für alle**

1077 Psychosoziale Unterstützung muss für alle zugänglich sein – unabhängig von  
1078 Versicherungsstatus, Aufenthaltsstatus oder bürokratischen Voraussetzungen. Wir  
1079 wollen niedrigschwellige Anlaufstellen für Menschen mit psychischen Krisen weiter  
1080 ausbauen, auch ohne Überweisungspflicht. Diese Angebote müssen eng mit  
1081 Jugendhilfe, Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe und weiteren sozialen Diensten vernetzt  
1082 sein. Gemeinsam mit Krankenhäusern, der Kassenärztlichen Vereinigung und freien  
1083 Trägern soll der Bezirk ein tragfähiges Netzwerk für psychische  
1084 Gesundheitsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aufbauen, etwa  
1085 durch Beratungsstellen, offene Sprechstunden und Gruppenangebote.

1086 Krisendienste müssen außerdem rund um die Uhr erreichbar sein. Wir setzen uns  
1087 dafür ein, dass in Spandau mobile psychosoziale Krisenteams eingerichtet werden,  
1088 die aus Fachkräften der Sozialarbeit, Psychologie und Pflege bestehen und  
1089 Menschen in seelischen Notlagen, familiären Krisen oder akuten Konflikten vor Ort  
1090 unterstützen. Solche Teams sollen eine echte Alternative dazu sein, in  
1091 Krisensituationen ausschließlich Polizei einzusetzen.

1092

1093 **Schnelle Hilfe für Kinder und Jugendliche in Krisen**

1094 Für Kinder und Jugendliche gilt besonders: Wer mit Gewalt, Sucht, psychischen  
1095 Erkrankungen in der Familie oder eigenen Ängsten kämpft, braucht schnelle und  
1096 verlässliche Hilfe. Deshalb fordern wir den Ausbau von Schulpsychologie, Jugend-  
1097 und Familienberatung sowie spezialisierter Angebote für traumatisierte Kinder,  
1098 geflüchtete Jugendliche und queere junge Menschen. Diese Angebote müssen  
1099 dauerhaft finanziert sein und dürfen nicht von kurzfristiger Projektförderung  
1100 abhängen.

1101 Die therapeutischen Angebote nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sind jetzt  
1102 schon eine effektive Hilfe für Spandauer Schüler:innen, jedoch reichen fünf Stellen  
1103 für unseren Bezirk nicht aus. Wir wollen dieses Angebot ausbauen und weiter  
1104 stärken.

## 1105 **Rathaus für die Menschen**

1106 In den Bezirken werden die Fragen entschieden, die den Alltag der Menschen  
1107 unmittelbar betreffen – von Bildung und sozialer Infrastruktur bis hin zu  
1108 Stadtentwicklung und Verkehr. Hier zeigt sich, ob Politik konkret funktioniert und bei  
1109 den Menschen ankommt.

1110 Die Bezirksverwaltung ist dabei das Rückgrat des öffentlichen Handelns vor Ort. Sie  
1111 sorgt dafür, dass Beschlüsse umgesetzt, Leistungen erbracht und öffentliche  
1112 Aufgaben zuverlässig erfüllt werden. Eine gut ausgestattete, handlungsfähige und  
1113 bürgernahe Verwaltung ist Voraussetzung für einen funktionierenden Bezirk und für  
1114 das Vertrauen der Menschen in die Politik. Deshalb gilt es, die Spandauer  
1115 Verwaltung personell, finanziell und strukturell nachhaltig zu stärken.

1116

## 1117 **Verwaltung**

1118 Wir wollen keinen Personalabbau, sondern weiteren Personalaufbau. Besonders in  
1119 zentralen Ämtern wie z.B. der Bau- und Wohnungsaufsicht, im Jugendamt und im  
1120 Ordnungsamt wollen wir mehr Personal gewinnen. Zudem wollen wir mehr  
1121 bezirkliches Personal für die Verfolgung von Mietwucher. Wie unser  
1122 Landeswahlprogramm fordern auch wir die Entlastung der Beschäftigten in der  
1123 Verwaltung.

1124 Wir unterstützen die begonnenen Projekte zu New Work und der KI-Strategie im  
1125 Rathaus. Für uns steht dabei im Vordergrund, dass diese für und mit den  
1126 Beschäftigten entwickelt werden. KI darf zudem nicht zur Kontrolle oder zu  
1127 Arbeitsplatzverlust führen.

1128 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anmietpraxis für Büroräume beendet wird, wo  
1129 wirtschaftlich sinnvoll. Dafür soll das Rathaus ertüchtigt werden und ein neues  
1130 Bürogebäude errichtet werden, z.B. am Ort der alten Bibliothek.

1131 Es soll eine Umorganisation des Rathauses nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen  
1132 und Bürger im Sinne kurzer Wege und im Sinne der Beschäftigten geben. Das  
1133 Rathaus benötigt zudem ein modernes und einfaches Wege-Leitsystem.

1134 Die Einrichtung einer Beschäftigtenmensa, z.B. im Kulturhaus, soll weiterverfolgt  
1135 werden.

1136 Die Forderungen unseres Landeswahlprogramms zur demokratischen Digitalisierung  
1137 der Verwaltung gelten auch und insbesondere für Spandau.

## 1138 Verwaltung für die Menschen

1139 Die Verwaltung im Bezirk muss für die Menschen da sein. Menschen, die Hilfe  
1140 suchen oder Anträge stellen, dürfen nicht an unübersichtlichen Zuständigkeiten,  
1141 komplizierten Formularen oder mangelnder Abstimmung zwischen Behörden  
1142 scheitern. Eine Verwaltung für die Menschen bedeutet für uns: verständliche  
1143 Verfahren, verlässliche Ansprechpartner:innen, kurze Wege und eine Kultur des  
1144 Ermöglichens. Dazu gehören eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ämtern  
1145 ebenso wie eine funktionierende Kommunikation mit Landes- und Bundesbehörden.  
1146 Ziel muss sein, Anliegen schneller, einfacher und nachvollziehbarer zu bearbeiten.

1147 Die Einführung von Kombianträgen soll erfolgen, damit zusammenhängende  
1148 Leistungen und Anliegen gebündelt beantragt werden können. Wir wollen in diesem  
1149 Kontext, die Abstimmung zwischen den bezirklichen Ämtern und mit Landes- und  
1150 Bundesbehörden verbessern.

1151 Wir setzen uns für ein Angebot zur Antragsberatung in den Bürgerämtern und  
1152 Fachämtern ein, damit Anträge nicht an formalen Hürden scheitern und Menschen  
1153 frühzeitig Unterstützung erhalten.

1154 Zudem braucht es Servicezeiten und Angebotsstrukturen, die sich stärker an der  
1155 Lebensrealität berufstätiger Menschen, Alleinerziehender, älterer Menschen und  
1156 Menschen mit Unterstützungsbedarf orientieren, z.B. durch Self-Service-Terminals in  
1157 den Bürgerämtern ohne Gebühren.

1158

## 1159 Barrierefreiheit

1160 Unser Bezirk muss für alle Menschen zugänglich sein. Barrierefreiheit ist dabei weit  
1161 mehr als der Abbau von Treppenstufen. Sie bedeutet, dass öffentliche Gebäude,  
1162 Informationen, Dienstleistungen und zwischenmenschliche Begegnungen so  
1163 gestaltet werden, dass alle Menschen selbstbestimmt teilhaben können.

1164 Für uns umfasst Barrierefreiheit sowohl die bauliche und technische Zugänglichkeit  
1165 als auch den respektvollen, diskriminierungsfreien Umgang in Verwaltung und  
1166 Öffentlichkeit. Niemand darf ausgeschlossen werden, weil Informationen  
1167 unverständlich sind, Dolmetschung fehlt, Ämter schwer erreichbar sind oder  
1168 Menschen nicht ernst genommen beziehungsweise aufgrund ihrer persönlichen Lage  
1169 abgewertet werden.

1170 Wir wollen deswegen den schrittweisen Abbau baulicher Barrieren in allen  
1171 bezirklichen Gebäuden, Einrichtungen und Verwaltungsstandorten, verbindliche  
1172 Standards für barrierefreie digitale Angebote, Formulare, Webseiten und Online-  
1173 Terminvergaben sowie mehr Informationen in einfacher Sprache, sowie

1174 verständliche, mehrsprachige und leicht zugängliche Formulare, Bescheide und  
1175 Informationsangebote.

1176

## 1177 Beteiligung

1178 Viele Formen der bisherigen Bürgerbeteiligung sind nicht mehr zeitgemäß und  
1179 erreichen zu oft nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Beteiligung darf kein formaler  
1180 Pflichttermin sein, sondern muss lebendig, zugänglich und wirksam gestaltet  
1181 werden.

1182 Wir wollen echte Teilhabe ermöglichen für Bürger:innen ebenso wie für Vereine,  
1183 Verbände und Initiativen. Dazu gehören transparente Verfahren, frühzeitige  
1184 Einbindung und Formate, die unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen und  
1185 mehr Menschen erreichen.

1186 Unser Ziel ist eine „Beteiligungs-BVV“, in der Mitwirkung nicht nur vorgesehen ist,  
1187 sondern tatsächlich stattfindet und Einfluss hat. Entscheidungen sollen  
1188 nachvollziehbar sein und gemeinsam mit den Menschen im Bezirk entwickelt  
1189 werden.

1190 Wir wollen Kinder und Jugendliche stärker beteiligen, u.a. durch ein Kinder- und  
1191 Jugendparlament mit Antragsrecht in der BVV. Es soll ein Bürgerbeteiligungsbüros  
1192 wie z.B. in Mitte eingerichtet werden. Die Seniorenvertretung muss gestärkt werden.  
1193 Wir setzen uns ein für den Zugang der Vereine, Verbände und Initiativen per  
1194 Antragsrecht in den Ausschüssen der BVV sowie das Rederecht für sie in der BVV.  
1195 Es sollen zudem themenbezogene Bürgerräte eingesetzt werden. Wir fordern die  
1196 Verstärkung der Mitarbeiter:innenstellen im BVV-Büro u.a. zur Organisation und  
1197 Betreuung von Bürgerbeteiligungsformaten – mindestens sollen die E6-Stellen auf E7  
1198 und die E10-Stellen auf E11 angehoben werden. Einwohneranträgen/-begehren  
1199 sollen vereinfacht werden, u.a. Reduzierung der erforderlichen Unterschriften für die  
1200 Einbringung. Das Live-Streaming der BVV-Sitzung wollen wir erhalten und auf die  
1201 Ausschüsse ausdehnen.